Manfred Löwisch

Konsequenzen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. 6. 2025 zur Entfristung von Postdoktoranden nach dem Berliner Hochschulgesetz

I. Die Entscheidung

Mit Beschluss des Ersten Senats vom 25. 6. 2025 (1 BvR 368/22) hat das BVerfG § 110 Abs. 6 Sätze 2 und 3 des Gesetzes zur Fortschreibung des Berliner Hochschulrechts vom 5. 7. 2022 für mit Art. 5 Abs. 3 Satz 1 und Art. 74 Abs. 12 Nr. 2 i.V.m. Art. 72 Abs. 1 GG unvereinbar und nichtig erklärt.

§ 110 Abs. 6 Satz 2 des Gesetzes hatten vorgesehen, dass mit promovierten wissenschaftlichen Mitarbeitern unter der Bedingung, dass das im Arbeitsvertrag benannten Qualifikationsziel erreicht wird, eine dieses Qualifikationsziel angemessen berücksichtigende Anschlusszusage zu vereinbaren ist. Satz 3 enthielt eine Ausnahme für Drittmittelpersonal und Personal in der ärztlichen Weiterbildung.

Das BVerfG hat diese gesetzliche Verpflichtung zur Vereinbarung einer Anschlusszusage als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit der Berliner Hochschulen gewertet, weil sie den Hochschulen die Möglichkeit nehme, eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und welche wissenschaftlichen Mitarbeiter sie nach erfolgreichem Abschluss der Qualifikationsphase weiter beschäftigt (Rn. 22).

Dieser Eingriff sei verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt. § 110 Abs. 6 Satz 2 Berliner Hochschulgesetz sei bereits formell verfassungswidrig, weil er nicht von einer Gesetzgebungskompetenz des Landes gedeckt sei (Rn. 23). Die Vorschrift sei dem Kompetenztitel des Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG für das Arbeitsrecht zuzuordnen, von dem der Bundesgesetzgeber mit § 2 Abs. 1 Satz 2 WissZeitVG im Sinne von Art. 72 Abs. 1 GG abschließend Gebrauch gemacht habe (Rn. 24).

Dass die Pflicht zu Vereinbarung von Anschlusszusagen dem Kompetenztitel des Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG unterfällt und dass der Bundesgesetzgeber § 2 Abs. 1 Satz 2 WissZeitVG von dieser Kompetenz in einer Weise Gebrauch gemacht hat, die eine landesgesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Vereinbarung von Anschlusszusagen ausschließt, legt das BVerfG im Folgen-

den ausführlich und widerspruchsfrei dar (Rn. 25 ff. und Rn. 37 ff.).

II. Konsequenzen

1. Länder

a. Unzulässigkeit landesgesetzlicher Verpflichtungen

Dass das Land Berlin keine § 110 Abs. 6 Satz 2 entsprechende gesetzliche Regelung treffen kann, steht nach der Entscheidung des BVerfG fest. Allerdings ist die Rechtslage in Berlin dadurch gekennzeichnet, dass die Personalhoheit dort bei den Hochschulen liegt: Partner der Arbeitsverträge wissenschaftlicher Mitarbeiter sind die Hochschulen selbst (§ 2 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz). Dementsprechend stellt eine Regelung, die den Hochschulen die Verpflichtung zur Vereinbarung von Anschlusszusagen auferlegt, einen direkten Eingriff in deren Wissenschaftsfreiheit dar.

Demgegenüber sind in den meisten Bundesländern diese selbst Partner der Arbeitsverträge mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern.¹ Das ändert aber nichts daran, dass eine landesgesetzliche Regelung, nach der Postdocverträge, die Verpflichtung zur Vereinbarung einer Anschlusszusage enthalten müssen, im Sinne des BVerfG mit der bundesgesetzlichen Regelung des § 2 Abs. 1 Satz 2 WissZeitVG unvereinbar sind, weil sie der dort verankerten Entscheidungsfreiheit der Hochschulen über die Befristung der Postdocverträge nicht gerecht werden. Das BVerfG entnimmt das zusätzlich der Vorschrift des § 1 Abs. 2 WissZeitVG, nach der die Entscheidung, wissenschaftliche Mitarbeiter statt nach dem WissZeitVG nach dem TzBfG zu befristen oder unbefristet einzustellen, ausdrücklich nur den Hochschulen, nicht jedoch den Landesgesetzgebern zugestanden wird (Rn 47).

b. Unzulässigkeit einer ersetzenden Verwaltungspraxis der Länder

Es ist denkbar, dass einzelnen Länder versuchen, die Verpflichtung zum Abschluss unbefristeter Anschluss-

1 Wertheimer/Meißner, in: Hartmer/Detmer, Hochschulrecht, 4. Aufl. 2022, Kapitel 11, Rn. 10.

verträge im Verwaltungswege einzuführen. Bundesländer, in denen wie in Berlin die Hochschulen Partner der Arbeitsverträge sind, könnten eine solche Praxis im Wege der Weisung durchzusetzen versuchen.

Bundesländer, die selbst Partner der Arbeitsverträge wissenschaftlicher Mitarbeiter sind, könnten den Abschluss von Postdocverträgen davon abhängig machen, dass in diese in der einen oder anderen Form Anschlusszusagen aufgenommen werden.

Im ersten Fall scheidet diese Vorgehensweise schon an den nach den Hochschulgesetzen beschränkten Aufsichts- und damit Weisungsbefugnissen der Länder. So unterstellt § 89 Abs. 1 des Berliner Hochschulgesetzes die dortigen Hochschulen grundsätzlich nur der Rechtsaufsicht und ist die Fachaufsicht nach § 89 Abs. 2 auf die Wahrnehmung übertragener staatlicher Aufgaben beschränkt.

Im zweiten Fall lässt sich eine solche Vorgehensweise mit der Bindung der Verwaltung an Gesetz und Recht nach Art. 20 Abs. 3 GG nicht vereinbaren: Eine entsprechende Verwaltungspraxis würde die mit § 1 Abs. 2 WissZeitVG getroffene Entscheidung des Bundesgesetzgebers, im Interesse der Wissenschaftsfreiheit den Abschluss unbefristeter und nach dem TzBfG befristeter Verträge nur den Hochschulen zuzugestehen, unterlaufen und verstieße damit gegen den Vorrang des Gesetzes.

Gerichtlich geltend machen könnten einen solchen Verstoß wiederum die Hochschulen, deren Wissenschaftsfreiheit betroffen wäre und denen deshalb wie im vorliegenden Verfahren (dazu Rn. 11 ff.) Beschwerdebefugnis zukäme. Auch ein vom Bund gegen das Land angestrigtes Verfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG käme in Betracht.

2. Hochschulen

Aus § 1 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 1 WissZeitVG folgt, dass die Hochschulen allgemein befugt sind, wissenschaftliches Personal unbefristet zu beschäftigen. Dieses Befugnis schließt die Vereinbarung und Ausgestaltung von Anschlusszusagen für die Zeit nach den Qualifikationszeiten ein. § 110 Abs. 6 Satz 1 des Berliner Hochschulgesetzes, der die Möglichkeit der Vereinbarung solcher Anschlusszusagen vorsieht, begegnet deshalb keinen grundsätzlichen Bedenken.

Auch Art. 33 Abs. 2 GG steht nicht entgegen. Zwar führt die Anschlusszusage einer unbefristeten Beschäftigung nach Ende der Qualifikationsphase dazu, dass andere Bewerber vom Zugang zu der betreffenden Stelle ausgeschlossen sind. Indessen fällt die Entscheidung, für sich qualifizierende wissenschaftliche Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen unbefristete Stellen vorzusehen, in das dem Auswahlverfahren nach Art. 33 Abs. 2 GG vorgelagerte Organisationsermessen der Hochschule oder des Landes, in dessen Namen die Anschlusszusage gegeben wird.²

Eine verfassungsrechtliche Grenze finden solche Anschlusszusagen allerdings in der Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrer. Diese haben als Träger der Wissenschaftsfreiheit Anspruch darauf, dass ihnen Hochschule und Land genügenden Freiraum für ihre Forschungs- und Lehrfreiheit gewähren.³ Dazu gehört die Befugnis, im Interesse der Innovation der Forschung und der Förderung des fachspezifischen Nachwuchses Stellen jedenfalls von Zeit zu Zeit neu zu besetzen. Die Beschränkung ausschließlich auf dauerhaft beschäftigte Mitarbeiter ist damit unvereinbar.

3. Schicksal gegebener Anschlusszusagen

Soweit über vor Erlass der Entscheidung des BVerfG gegebene Anschlusszusagen bereits rechtskräftig entschieden ist, bleiben diese nach § 79 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG unberührt, sind aber nicht weiter vollstreckbar (§ 79 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG).

Liegt noch keine rechtskräftige Entscheidung vor, ist zu unterscheiden: Hat das auf Grund der Anschlusszusage geschlossene Arbeitsverhältnis bereits wieder geendet, bleibt es dabei, denn § 79 Abs. 2 BVerfGG ist der Grundsatz zu entnehmen, dass die Nichtigerklärung keinen Einfluss auf abgewickelte Rechtsverhältnisse haben soll.⁴

Anders liegt es bei noch nicht realisierten Zusagen oder nach Abschluss noch nicht ausgelaufenen Verträgen. Diese sind nach den Regeln über die Störung der Geschäftsgrundlage zu behandeln.⁵ Zu dieser gehört auch der Fall, dass das BVerfG entgegen einer Gesetzesbestimmung die negative Vertragsfreiheit wiederherstellt, also einen Kontrahierungszwang für nichtig erklärt.⁶ Dementsprechend ist zunächst über eine Anpassung des Vertrags zu verhandeln (§ 313 Abs. 1 und 2

2 Zu diesem Organisationsermessen BAG 29. 2. 2024, 8 AZR 187/23, juris

3 BVerfG 13. 4. 2010, 1 BvR 216/07, BVerfGE 126, 1, 19.

4 BVerfG 14. 3. 1972, 2 BvL 35/71, BVerfGE 32, 387.

5 BGH 26. 1. 1983, IV b ZR 344/81, NJW 1983, 1548, 1552; Schoch/Schneider/Pietzner, § 183 VwGO 46. EL August, Rn 62 f.

6 Löwisch, Zu den Folgen der Nichtigkeitfeststellung eines Gesetzes durch das BVerfG, JZ 1961, 732, 734.

BGB). Eine solche Anpassung kann vor der Realisierung der Zusage insbesondere in einer zeitlichen Begrenzung des Anschlussvertrages bestehen. Nach § 313 Abs. 3 i.V.m. mit § 314 BGB kommt, wenn eine Anpassung nicht möglich oder einem Teil nicht zumutbar ist, an sich eine Kündigung aus wichtigem Grund in Betracht. Ein solcher wichtiger Grund wird auf Seiten der Hochschule selten vorliegen, weil sie die Anschlussbeschäftigung *no-
lens volens* einkalkuliert hat.

III. Rechtspolitischer Spielraum

1. Gesetzliche Verpflichtung zu Anschlusszusagen?

Entsprechende Mehrheitsverhältnisse in Bundestag vorausgesetzt, ist die Einfügung einer Verpflichtung zu Anschlusszusagen in das WissZeitVG denkbar. Diese müsste sich freilich der Frage der Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Schutz der Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen stellen.

Eisentraut meint, die Ausführungen des BVerfG zur Eingriffsqualität der gesetzlichen Pflicht, allen zur Qualifizierung befristet eingestellten promovierten wissenschaftlichen Mitarbeitern eine auf Dauerbeschäftigung gerichtete Anschlusszusage zu erteilen (Rn. 22), deuteten darauf hin, dass das BVerfG die generelle Befristung von Qualifikationsstellen verfassungsfest machen wolle. Er entnimmt das insbesondere der Aussage, dass Anschlusszusagen die Freiheit der Hochschulen zur Auswahl des wissenschaftlichen Personals mit nachteiligen Folgen etwa für die Förderung des akademischen Nachwuchses verkürze, welche die Möglichkeit zur generellen Befristung der Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals auf Qualifikationsstellen erfordere.⁷

Meines Erachtens überdehnt das die Aussagekraft der wiedergegebenen Ausführungen. Dem BVerfG geht es an der zitierten Stelle ausdrücklich nur um die Eingriffsqualität der gesetzlichen Verpflichtung zu Anschlusszusagen. Deren materielle Verfassungsmäßigkeit prüft es im Folgenden gerade nicht, sondern beschränkt sich auf die Feststellung der formellen Verfassungswidrigkeit.

Ob eine gesetzliche Verpflichtung zur Erteilung von Anschlusszusagen verfassungsmäßig wäre, ist letztlich eine Frage der Verhältnismäßigkeit des mit ihr verbundenen Eingriffs in die Wissenschaftsfreiheit der Hoch-

schulen. Abzuwägen wäre deren auf der Wissenschaftsfreiheit gründende Recht zur Befristung der Arbeitsverträge wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Qualifikationsphase mit dem gesetzlichen Ziel des arbeitsrechtlichen Schutzes dieser Mitarbeiter nach Ende der Qualifikationsphase.

Eine die Verhältnismäßigkeit wahrende Lösung könnte möglicher Weise in Anlehnung an die Vorschrift des § 9 TzBfG gefunden werden, welche die Berücksichtigung des Wunsches des Arbeitnehmers auf Verlängerung seiner Arbeitszeit unter den Vorbehalt der Wahrung der Rechte des Arbeitgebers stellt. Entsprechend könnte bestimmt werden, dass Anschlusszusagen nur zulässig sind,

- wenn im Zeitpunkt des Abschlusses des unbefristeten Vertrages ein freier zu besetzender Arbeitsplatz zur Verfügung steht,
- wenn sich der Mitarbeiter, der über die Anschlusszusage verfügt, als gleich geeignet erweist wie externe Bewerber für die Stelle und
- wenn dringende Bedürfnisse von Forschung und Lehre der betreffenden Hochschule der Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nicht entgegenstehen.

In Betracht käme auch die Zulassung landesgesetzlicher Regelungen im WissZeitVG. Diese könnte dieselben Voraussetzungen für die Verpflichtung zur Vereinbarung von Anschlusszusagen vorsehen wie eine Regelung im WissZeitVG selbst. Ließe das WissZeitVG stattdessen allgemein landesrechtliche Regelungen der Postdoc-Phase zu, müsste eine entsprechende landesgesetzliche Verpflichtung zu Anschlusszusagen ihrerseits dem Schutz der Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen ausreichend Rechnung tragen.

2. Tarifvertragliche Verpflichtung zu Anschlusszusagen?

Die Einführung der Verpflichtung zur Erteilung von Anschlusszusagen durch Tarifvertrag bedürfte einer entsprechenden Ausnahme von der Tarifsperre des § 1 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WissZeitVG.

Vom Schutz der Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen könnte eine solche Ausnahme freilich nicht dispensieren. Tarifvertragliche Bestimmungen sind als Rechtsnormen unmittelbar an die Grundrechte gebunden. Das hat das BVerfG für den Gleichheitssatz des Art. 3

⁷ *Eisentraut*, Paukenschlag in der „Ich bin Hanna-Debatte“, JuWissBlog Nr. 62/2025 vom 11. 7. 2025, <https://www.juwiss.de/62-2025/>; siehe auch *Eisentraut*, Zur Verfassungsmäßigkeit

der Entfristung von Postdoktorand*innen durch § 110 Abs. 6 S.2 BerlHG.

Abs. 1 GG gerade festgestellt.⁸ Diese Bindung gilt aber auch für die Freiheitsrechte des Grundgesetzes, insbesondere auch für die Wissenschaftsfreiheit.⁹ Dementsprechend müsste sich auch die tarifvertragliche Einführung der Verpflichtung zur Erteilung von Anschlusszusagen der Abwägung mit dem Schutz der Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen nach dem Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit stellen, soweit nicht schon die Ausnahmereglung des WissZeitVG entsprechende Einschränkungen enthält.

Manfred Löwisch ist Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Leiter der Forschungsstelle für Hochschulrecht und Hochschularbeitsrecht.

8 BVerfG 11.12.2024 - 1 BvR 119/21, 1 BvR 1422/23, juris.

9 *Löwisch*, Auswirkungen des BVerfG-Beschlusses zu den Nachtarbeitszuschlägen auf Verständnis und Handhabung der Tarifauto-

nomie, BB 2025, 1204, 1205; *Löwisch*, Tarifeinheit und Wissenschaftsfreiheit, OdW 2019, 179, 180 f.